

Einschreiben-Rückschein

Herrn Ministerpräsidenten
Dr. Jürgen Rüttgers / **persönlich**
Staatskanzlei / Stadttor 1

40219 Düsseldorf

BC-R-12/07-127042

R 07180

Herrn Ripa

13. September 2007

Sehr geehrter Herr Dr. Rüttgers,

ich bin sehr enttäuscht. Sie haben es bisher für nicht notwendig erachtet, auf meine Eingaben vom 11. und 25.05. sowie vom 03.06 dieses Jahres in irgendeiner Weise zu reagieren. Mit meinen Schreiben habe ich Sie noch einmal dringend gebeten, zu den Vorgängen in Sachen Firma Gebr. Döpp Stellung zu beziehen. Hiermit wiederhole ich noch einmal meine Bitte um Sachaufklärung.

Aus dem der Landesregierung vorliegenden Beweismaterial ist auch Ihnen bekannt, dass mir zum Fall Döpp seit Jahren mehrfach von höchsten politischen Organen Klärungs- und Vergleichsversprechungen gemacht worden sind, die jedoch mit vermeintlichem taktischen Kalkül ausgesessen werden. Erwarten Sie nicht, dass ich dadurch die Verfolgung meiner Rechtsansprüche einstelle.

Die Tatsachen: Im Jahre 1987 sind die Firma Gebr. Döpp, Dorsten, und damit 100 Arbeitsplätze von der Landesregierung durch Steuerung der ehemaligen Parlament. Staatssekretärin Agnes Hürland-Büning widerrechtlich zerstört worden. Eine Sachaufklärung von Zwangsmaßnahmen des Finanzamtes gegen Döpp, die mit dem Nichtzustandekommen eines vertraglich zugesicherten Qualifizierungsvorhabens begründet wurden, sind seinerzeit vom Finanzministerium verweigert worden. Mit der Widerrechtlichkeit sollte ein Vertragsbruch der Handwerkskammer Münster, mit der die Staatssekretärin eng verbunden war, kaschiert werden. Die mit Beweismaterial gestützten Sachverhalte, veröffentlicht unter www.polit-kriminelle.de, sind unbestreitbare Tatsachen.

Der Schaden, der durch den zweifelsfreien Rechtsbruch entstanden ist, beläuft sich auf eine zweistellige Millionensumme. Nach der Zerstörung der Firma Gebr. Döpp und damit dem Arbeitsplatzverlust von 100 Mitarbeitern, für die ich mich, wie auch für andere Unternehmen, im Rahmen meiner Aktivitäten www.humane-arbeit.de mit persönlichen Bürgschaften eingesetzt hatte, verweigerten die politisch Verantwortlichen jegliche Stellungnahme. Meine mit Publikationen verbundenen Klärungsbemühungen werden nun zum Anlass genommen, mich mit Staatsgewalt

zum Schweigen zu bringen. Wegen der von mir erklärten Steuerverweigerung, die ich mit den nicht erfüllten Klärungs- und Vergleichsversprechungen begründet habe, veranlasste die Landesregierung das Finanzamt Gladbeck zu massiven Vollstreckungs- und Pfändungsmaßnahmen gegen mich. Ohne diese jedoch auszuschöpfen, beantragte das Finanzamt die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens. Am 18.06.2007 erging der entsprechende Beschluss des Insolvenzgerichtes. Dieses Verfahren entspricht den widerrechtlichen Maßnahmen des Finanzamtes, die auch zur Vernichtung der Arbeitsplätze bei Döpp führten, denn auch hier verweigerte die Landesregierung jegliche Klärungsbereitschaft. Das gegenwärtige Insolvenzverfahren musste ich mit Hilfen abwehren, um die Arbeitsplätze der von mir über 47 Jahre aufgebauten Steuerberatungspraxis, in der heute ausschließlich Mitarbeiter partnerschaftlich eingebunden sind, nicht zu gefährden. Unsere Sozietät beschäftigt gegenwärtig über 50 Mitarbeiter und Auszubildende.

Wenn sich die gegenwärtige CDU-Landesregierung trotz der unbestrittenen Beweislage weigert, zu einem vor der Landtagswahl 2005 durch einen Mandatsträger offeriertem Vergleichsangebot in Sachen Döpp, das vom Wirtschaftsministerium und auch der Presse bestätigt wurde, Stellung zu beziehen, offenbart sich bekanntes politisches Macht- und Netzwerkdenken. Das hat den Fall Döpp über 20 Jahre begleitet. Die ehemalige CDU-Politikerin Hürland-Büning, die mit ihrer Einflussnahme bei der Landesregierung zum Schutz der Handwerkskammer Münster die willkürliche Vernichtung der Arbeitsplätze Döpp veranlasste und zudem mit weiteren unlauteren Machenschaften belastet ist, soll zweifelsohne weiterhin gedeckt werden. Immerhin hat sich der seinerzeit höchste Mandatsträger der Bundesregierung für die Politikerin beim Finanzamt Gladbeck verwendet. Das offenbart den politischen Stellenwert der ehemaligen Staatssekretärin.

Entsprechend der Presse-Information vom 23. Juni 2007 muss sich die ehemalige Staatssekretärin Hürland-Büning für die von ihr zu vertretenden Rechtswidrigkeiten nicht mehr verantworten. Ihr bleibt ein Strafprozess erspart, denn auch Beschuldigungen der Staatsanwaltschaft wegen Steuerhinterziehung im Jahre 1995 in beträchtlicher Höhe, wegen schweren Betruges und Falschaussage werden wegen ihres „schlechten Gesundheitszustandes“ nicht weiter verfolgt.

Herr Dr. Rüttgers, Sie werden erkennen müssen, dass ich in der Rechtsaufklärung des Falles Döpp nicht aufgeben kann. Es geht um mein Überleben. Die Landesregierung hat über einen Zeitraum von 20 Jahren das Leben meiner Familie überschattet und bis auf das Äußerste belastet. Nun soll auch noch meine persönliche Existenz zerstört werden. Ich stehe bereits vor der Vollendung des 76. Lebensjahres. Erwarten Sie jedoch kein biologisches Ende meiner Klärungsbemühungen, die nach wie vor von den örtlichen Behörden unterstützt werden. Ich erwarte nur Gerechtigkeit, die mir von der Landesregierung verweigert wird. Die dem Finanzministerium vorliegenden Unterlagen und die unbestrittene Internet-Publikation www.polit-kriminelle.de sind schließlich der unwiderlegbare Beweis für das schuldhafte Verhalten der Landesregierung.

Erfahrene Mandatsträger raten mir nach der Publikation zum Fall Döpp in der Welt am Sonntag am 1. April 2007 zu weiteren Veröffentlichungen der ungewöhnlichen Vorgänge. Das veranlasse ich nunmehr fortgesetzt unter Verwendung dieses Schreibens. Es wäre durchaus wünschenswert, wenn Bürger unseres Landes zu Fragen politischer Verantwortlichkeit Stellung beziehen würden.

Ich verbleibe

(Horst Ripa, Steuerberater)

Anlagen